

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 8 (1894)

134 (13.6.1894)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-216870](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-216870)

Norddeutsches Volksblatt.

633

Organ für Vertretung der Interessen
des werktätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfsstraße Nr. 1.

Ersteinst täglich
mit Ausnahme der Tage nach Sonn-
und gesetzlichen Feiertagen.
Inhalts die vierspaltige Seite 10 A
bei Wiederholungen Rabatt.
Postzeitungsliste Nr. 4896.

Abonnement
bei Vorauszahlung frei in's Haus:
vierteljährlich . . . 2,10 Mk.
für 3 Monate . . . 1,40 „
für 1 Monat . . . 0,70 „
incl. Postbefreiung.

Inseraten-Annahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 134.

Bant, Mittwoch den 13. Juni 1894.

8. Jahrgang.

Vollstimmung in der Schweiz über das Recht auf Arbeit.

Von dem negativen Resultat der am 3. Juni in der Schweiz stattgefundenen Vollstimmung über das Recht auf Arbeit kann Niemand überrascht sein. Zieht man in Betracht, wie stark im Vaterlande Teils seit einiger Zeit der reaktionäre Wind weht und wie sehr den eigentlichen Epitaphen die anarchische Panik in die Glieder gefahren ist; erwägt man ferner, daß die Wortführer der kapitalistischen Bourgeoisie alle Mann auf Deck gerufen hatten und die Parole ausgaben, der Sozialdemokratie müsse eine empfindliche Niederlage bereitet werden; es gelte, den proletarischen Sturm auf das kapitalistische Kapital zurückzuschlagen, so können unsere schweizerischen Genossen mit dem Ergebnis — 72 513 Stimmen Ja gegen 291 690 Nein — mehr als zufrieden sein.

Die Initiative, betreffend das Recht auf Arbeit, stand schon 1891 auf der Tagesordnung des Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie und wurde 1892 auf dem Parteitag zu Solothurn in neuer, stichlicher Formulierung zu Parteibeischluß erhoben.

Die deutsche Sozialdemokratie hat bekanntlich die Forderung nicht in ihr Programm aufgenommen, und das mit gutem Grunde. Die Forderung gehört in die Reihe derjenigen, die als „impossibilistisch“ zu bezeichnen sind, d. h. als solche, die der Bourgeoisie nicht erfüllen kann, ohne seinen eigenen Lebensnerv zu durchschneiden. Nun kann ja wohl auch die Aufstellung solcher Forderungen von agitatorischer Wirkung sein, und unter diesem Gesichtspunkte mögen wohl auch unsere Schweizer Genossen ihren Beischluß gefaßt haben. Das Bedenkliche daran ist nur, wie i. H. Genosse Bernstein in London äußerte, daß unsere sozialistische Kritik der heutigen Gesellschaft nicht wohl damit vereinbar ist. So hat auch Liebknecht erklärt: auf dem Boden der gegenwärtigen sozialen Ordnung sei die Ausführung dieses Postulats gar nicht möglich; ist aber einmal unser Ziel errungen, so ist es überflüssig. Es verhält sich also damit ungefähr wie mit dem Generalstreik.

Die Forderung ist denn auch schon von einem wohlmeinenden bürgerlichen Sozialpolitiker vor mehreren Jahren in einer Broschüre: „Das Recht auf Arbeit und seine Verwirklichung“, gestellt worden. Seine Ausführungen sind nicht uninteressant. Die Gesetzgebung, sagt er, kenne keine Maßnahmen gegen die Vermehrung des Proletariats. Sie strafte die Unterdrückung des kelmenden, die Beiseitehaffung des geborenen, die Tötung des erwachsenen Lebens. Sie gewährt auch demjenigen, der noch nicht oder nicht mehr im Stande ist, sich die eigenen Subsistenzmittel selbst zu beschaffen, einen Anspruch, dieselben von denjenigen Personen, die mit seiner Geburt in ursächlichem Zusammenhang stehen, zu verlangen. Nachdem er aber zur Selbst-

erhaltung fähig ist, soll er verhindert sein, sie auszuüben, soll er kein Recht auf Selbsterhaltung haben? Die Nichtgewährung ist der Querschnitt von Betteln und Verbrechen! — Der Staat gewährt das „Recht auf Müßiggang“, er duldet den sich in Leppigkeit breit machenden Müßiggang parasitischen Ausbeutertums, bestraft aber den Bettler und Landstreicher und den Verbrecher aus Noth, verfolgt also den Müßiggang strafrechtlich, wenn er sich lästig macht! — Er bestraft den unfreiwilligen Landstreicher wegen angeblicher „Arbeitslosigkeit“ und verurteilt denjenigen, der die Arbeit nicht scheut, das Recht, sie zu fordern! — Wie glänzend ruft er aus, er sei eine Gesellschaft, welche die Forderung nach Arbeit zwar erfüllt, jedoch nur dann, wenn sie sich die tägliche Gemüthung verschaffen kann, die Fortwährenden ihrer Freiheit zu berauben! Vollends sinnlos muß dies aber erscheinen, wenn man bedenkt, daß der Häßling weit mehr Kostenaufwand erfordert als der freie Arbeiter. Im Vergleich mit den Kosten der Gefängnisse verursacht die Gewährung des Rechts auf Arbeit keine größeren Opfer, sondern umgekehrt sei ja die Verjagung dieses Rechts ein materieller Nachtheil für die Allgemeinheit. — Der Verfasser erklärt rund heraus, die Bestrafung derjenigen Bettler, Bagabunden und Eigentumsverbrecher, welche aus Arbeitsmangel und Noth zu dem geworden sind, erweise ihm als eine „Verirrung, um nicht zu sagen — als Justizmord“.

Die Frage, ob denn das Recht auf Arbeit realisierbar sei, beantwortet er mit einem entschiedenen Ja. Mit Rücksicht auf die unerschöpflichen Hilfsquellen der Natur sei eine Ausdehnung der Produktion „relativ unbegrenzt“. Er entwickelt sodann seinen Plan, wie derselbe verwirklicht werden könne, auf den wir umsonst einen Blick werfen wollen, wie gewöhnlich die bourgeoissocialistischen Projekte, auf eine Verewigung des Hungerlohnensystems hinauslaufen müßte, wenn er überhaupt durchführbar wäre.

Es ist die Quadratur des Kreises, die Realisirbarkeit der Arbeitslosigkeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft überwinden zu wollen. Es ist aber auch die Quadratur des Kreises, von der kapitalistischen Bourgeoisie zu erwarten, daß sie die Forderung auch nur im Prinzip anerkennt und zu deren „stufenweisen“ Erfüllung sich bereit finden ließe. Ebenso gut könnte man dem Wolf das Fleischessen abgewöhnen und ihn zum Vegetarianer machen wollen. Mag man ihr immerhin einen ganzen Bündel Widerprüfungen nachweisen: was dem Wohlthäter von Standpunkte des Gemeinwohls als Widerspruch erscheint, das erscheint dem Kapitalisten von Standpunkte seines Klasseninteresses als konsequent. Was fragt er nach dem Widerspruchswollen in der Behandlung der reichen und der armen Müßiggänger u. s. w.? Ihn genirt der Müßiggang nur, soweit seine eigene Beaglichkeit und Sicherheit durch ihn gefährdet wird; im Uebrigen ist es ihm „schon“, ob der eine Müßiggänger Auktern schläft und Selt schmaut und der

andere vor Hunger und Frost zu Grunde geht. Somet aber der aufgedeckte Widerspruch auch in seine eigene Klasseninteressenphäre eingreift, geht es über seinen kapitalistischen Horizont, ihn zu begreifen resp. zu würdigen; er legt ihn zu den übrigen Widerprüchen, in welche die moderne Produktionsweise die bestehende Gesellschaftsform verwickelt hat und vor denen die Bourgeoisie mit allem ihren gelahrten, hoch- und höchgelahrten Defonomen das steht, wie der Dachs am Berge, wie klar auch die sozialistische Wissenschaft dieselbe beleuchtet und als einzigen Ausweg den Sozialismus nachweist.

Das einzige Mittel, der Arbeitslosigkeit beizukommen, ist und bleibt die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat auf dem Wege des politischen Klassenkampfes. Diese Einsicht mag das Verhalten der Gegner des Initiativbegehrens und die Phrasen, die sie dagegen ins Feld führten, manchem noch nicht genügend aufgeklärten Proletarier beigebracht haben. Und in diesem Falle ist das Unternehmen gewiß nicht werthlos gewesen.

Politische Rundschau.

Bant, den 12. Juni.

— Ein neuer Reichskommissar. Dr. Peters hat, wie die Berliner „Börsezeitung“ meldet, seine Behaltung als Reichskommissar erhalten und tritt in die Kolonialabtheilung des auswärtigen Amtes ein. Major v. Brochen, der ehemalige Stellvertreter des Gouverneurs in Ostafrika, tritt nicht wieder in die aktive Armee ein, sondern hat um seinen Abschied gebeten. — Bitten müssen dürfte nach den bekannten Vorgängen richtiger sein.

— Das Reichsgericht hat die eingelegte Revision des Schaffners Schulz und der 16 Viehhändler gegen das Urtheil im Hamburger Fahrartenprozeß verworfen.

— Sozialdemokratische und sogenannte „Christliche“ Arbeiter. Bei den am 7. v. M. in Koblenz stattgegebenen Wahlen zum Gewerbegericht wurden als Befürworter der Arbeitseigenen die sechs sozialdemokratischen Kandidaten mit 188 gegen 151 Stimmen gewählt. Die „Köln. Volksztg.“ jammert darüber: „Das beschämende Ergebnis ist auf den Mangel jeder Agitation in den Kreisen der christlichen Arbeiterpartei zurückzuführen, denen es leider an einer sachkundigen Führung fehlte. Erst am Mittwoch Abend, also am Vorabend des Wahltages, hielt man es für angezeigt, eine „vertrauliche Besprechung“ über die von der christlichen Arbeiterpartei aufzustellenden Kandidaten abzuhalten — im unerschöpflichen Quellen der in der nächsten Eifer, welchen die sozialistischen Kandidaten entfalteten. Leider unterließ es auch das hiesige Zentrumorgan, abgesehen von einigen in letzter Stunde veröffentlichten kurzen Bemerkungen, rechtzeitig auf die große Bedeutung der Gewerbegerichtswahlen hinzuweisen und in dieser Frage auf-

Durch Sturm und Wetter.

Original-Roman von E. Reersfeld.

62. Fortsetzung.

10. Kapitel.

Draußen zog ihn der Alte von der breiten Hauptstraße fort in ein kleines Nebengäßchen hinein, in welchem sie sich wohl vor allen Lauscherohren sicher glauben konnten.

„Ich habe Vertrauen zu Dir, Leo, denn ich glaube nicht, daß sich ein Mensch innerhalb weniger Jahre verändern kann, wie Du Dich verändert haben müßtest, um meinen Glauben an Dein Gerechtigkeitsgefühl und an deren Redlichkeit zu betrogen. Du sollst Lydia sehen, sollst sie noch heute sehen, wenn Du mir ein heiliges Versprechen geben, ein Gelübnis auf Deine Mannesehre ablegen willst.“

Leo's Vermunderung wuchs immer mehr. Diese Geheimräumerei des alten Petrowitsch hatte entweder einen sehr ernsten Hintergrund oder sie war eine kindische Fratze, und der junge Mann war viel eher geneigt, das Letztere als das Erstere zu glauben. Natürlich verriet er nichts davon und erklärte sich bereit, das verlangte Versprechen zu leisten, da er aberzeugt war, daß nichts Unrechtes verlangt werden würde.

„Gut! Du wirst mir also versprechen, von diesem Besuch Niemandem, wer es auch sei, eine Mittheilung oder selbst die leiseste Andeutung zu machen! Tu wirst mir weiter geloben, ebenso unerbrüchliches Stillschweigen über Dasjenige zu bewahren, was Dir in Lydia's Umgebung etwa bemerklich oder auffällig erscheint, von welcher Art auch immer Deine Vermuthungen und Wahrnehmungen sein mögen!“

Wäre das Antlitz des Alten nicht so unerschütterlich ernsthaft geblieben, so hätte Leo dieser theatralischen Aufforderung gegenüber kaum seine Theatertitel zurückhalten

können. Er war jetzt sicher, daß es sich um nichts anderes, als um eine Mystifikation handelte, aber er hatte keinen Grund, dem Greise sein sonderbares Vergnügen zu föhren. So leistete er denn das gewünschte Versprechen mit jener Feierlichkeit, welche der Situation angemessen war, aber als er seine Stimme dabei etwas lauter erhob, umklammerten die knochigen Finger des Alten seine Hand mit so eisernem Druck, als wenn sie dieselbe zerbrechen wollten.

„Still! kein Wort mehr!“ zischte er ihm zu, und dabei irrten seine Blicke nach der anderen Seite der Straße hinüber, auf welcher mit langsamen Schritten ein Mann in bürgerlicher Kleidung daherkam, der sich um die beiden Personen indessen nicht im mindesten zu kümmern schien, und der ein so überaus harmloses Aussehen hatte, daß in Leo plötzlich der Gedanke aufstieg, sein früherer Pflegerater sei vielleicht von einer Art von Verfolgungswahnstinn ergriffen worden.

„Wer war denn das?“ fragte er, als der Mann gemächlich vorüber geschritten war, und Petrowitsch rannte ihm zu: „Ein Geheimpolizist! Man muß sich vor diesem Gesindel in Acht nehmen, auch wenn man ein reines Gewissen hat! Also, es bleibt bei der Verabredung. Ich erwarte Dich heute Abend um zehn Uhr an dieser nämlichen Stelle. Es wird gut sein, wenn Du Dich so verhältst, daß man Dich nur schwer oder gar nicht erkennen kann.“

„Aber wozu alle diese Vorsichtsmaßregeln?“ konnte Leo sich nun doch nicht enthalten, zu fragen. „Und um zehn Uhr, sagen Sie? Würde diese Zeit nicht doch vielleicht etwas unangemessen sein für den Besuch bei einer jungen Dame?“

„Frage nicht!“ unterbrach ihn Petrowitsch kurz und barsch. „Alles, was ich Dir sage, hat seinen guten Grund

und Du könntest mehr Unheil anrichten, als Du ahnst, wenn Du einen meiner Rathschläge außer Acht lassen wollest! Nun aber ist's genug, wir dürfen hier nicht länger stehen bleiben, wenn man nicht aufmerksam auf uns werden soll. Lebe wohl!“

Ohne eine Antwort abzuwarten, ging er raschen Schrittes davon, Leo in einem seltsamen Widerstreite der verschiedenartigsten Gefühle zurücklassend. Die erste Regung des jungen Mannes war, ihm nachzueilen und ihm zu erklären, daß er auf das Wiedersehen Lydia's eher ganz verzichtet wolle, ehe er sich auf ein tödliches, lichtscheues Spiel einließ. Aber gleich darauf vermachte er diesen Gedanken, der ihm einen starken Beigeschmack von Freigebit zu haben schien, vollständig und nahm sich vor, für diesmal dem Willen Petrowitsch's in allen Stücken nachzugeben. Blinkschlich die verarbeitete Zeit hatte er sich in dem versteckten Gäßchen eingefunden, und kaum war er einige Male in demselben auf- und niedergegangen, als er die hagere Gestalt des Alten auf sich zukommen sah. Freilich, wenn er ihn nicht an eben dieser Gestalt erkannt haben würde, hätte er schwerlich auf die Vermuthung kommen können, Dimitri Petrowitsch vor sich zu haben.

Der Alte hatte sich so dicht in einen gewaltigen Pels eingehüllt und den Kragen desselben überdies so hoch hinaufgezogen, daß von seinem Gesichte nichts weiter zu sehen war, als die Nasenspitze und die tiefen, unheimlich brennenden Augen. Mit einem flüchtigen Grusse nahm er Leo's Arm und zog ihn rasch mit sich fort durch die nächsten Straßen. Das Stadtviertel, durch welches er ihn führte, war dem jungen Manne vollständig unbekannt, und es schien jedenfalls zu den ärmeren zu gehören.

(Fortsetzung folgt.)

Närend und anregend zu wirken. So konnte, dank dieser betauerlichen Lässigkeit, die Sozialdemokratie trotz ihrer numerischen Schwäche siegreich aus dem Wahlkampf hervorgehen. — Das ultramontane Blatt verlorst mit dieser Ausföhrung nicht nur die Mächtig, die Thatsache zu bezeichnen, daß auch die Arbeiterbevölkerung in Koblenz auf dem besten Wege ist, sich dem Merkantilismus zu emanzipieren.

Die Gewerbevereinigungen wählen sind nicht matt, das ist der kurze Inhalt einer amtlichen Bekanntmachung, die von der Regierung in Minden betrefis der diesfelder Gewerbevereinigungen erlassen ist. Dabei ist gleichzeitig an den Magistrat die Aufforderung ergangen, das Ortsstatut im Einklang mit dem Reichsgesetz vom 29. Juli 1890 zu bringen. Unser Parteiorgan, die „Volkswacht“ in Bielefeld, hat seinerzeit schon diehalten Widerspruch erhoben gegen die ganz dem Gesetz entgegenstehende Bestimmung, nur dem über 25 Jahre alten Arbeiter das Stimmrecht zu geben, der mindestens 1 Jahr am Orte beschäftigt ist, während das Gesetz bestimmt, daß dieses Recht auch demjenigen gewährt wird, der 1 Jahr im Ort beschäftigt ist oder wohnt. Wären die Wahlen auf Grund dieses Ortsstatuts vollzogen, so müßte auf ihre Ungültigkeit erkannt werden. — Unser diesfelder Parteiorgan bemerkt zu der Angelegenheit folgendes: „Vor allen Dingen aber möchten wir fragen, wer erstigt den vielen Arbeitern den Arbeitslohn, den sie infolge von Laufereien verloren haben, und zwar, wie sich nun herausstellt, da ja die angefertigten Wählerlisten jetzt wertlose Papiere sind, ohne jeden Nutzen? Im Uebrigen sei der Magistrat noch besonders auf die Vorchrift im Reichsgesetz, betrefis die Gewerbevereine, aufmerksam gemacht, nach welcher bei Abfassung des Ortsstatuts Arbeiter zu hören sind. Das Gewerkschaftsstatut wird gerne dem Magistrat Arbeiter namhaft machen, die bei dieser Angelegenheit zu Rathe gezogen werden könnten. Handelt der Magistrat hiernach, so wird er sich sicher der Gefahr nicht noch einmal aussetzen, daß ihm sein Ortsstatut nachträglich wegen geschildriger Bestimmungen ungültig erklärt werden muß.

Die freisinnige Volkspartei will bekanntlich auf ihrem im Herbst stattfindenden Parteitag sich ein neues Programm geben, in welches auch sozialpolitische Forderungen aufgenommen werden sollen. Herr Eugen Richter, der noch immer die alleinseligmachende Manchestertheorie anbetet, hat sich dem zwar lange widersetzt, aber er hat endlich nachgeben müssen, wenn er auch versuchen wird, diese Forderungen auf ein geringfügiges Minimum zusammenzubringen. Die Herren Freisinnigen fühlen gar sehr an eigenen Leiden, daß sie mit ihrer nackten Manchestertheorie und mit ihrem einseitigen Verlangen nach bürgerlicher Freiheit, das sie jedem bei jeder Gelegenheit im entscheidenden Augenblick sein läubertlich verheiden, keinen Hund mehr von Oden lösen. Speziell die Arbeiter, welche die Nothwendigkeit energischer sozialer Reformen an sich selber empfinden, haben dem Freisinn, der nicht einmal den Mut hat, für seine eigenen Forderungen kraftvoll einzutreten, längst den Rücken gekehrt. Dieser Flucht soll nunmehr das „sozialpolitische Programm“ Einhalt thun. Für dasselbe ist jetzt von einer Kommission des fortschrittlichen Vereins der Potsdamer Vorstadt in Berlin ein Entwurf ausgearbeitet, der folgende Forderungen aufstellt: „Um die beschlossenen und wenig besitzenden Volksklassen in Stadt und Land in ihren berechtigten Anstrengungen nach größerer Anteilnahme an den materiellen und geistigen Gütern der Nation wirksam zu unterstützen, wird die freisinnige Volkspartei für Hebung dieser Klassen reformatorisch einzutreten. Sie stellt demgemäß auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete folgende Forderungen an:

- 1) Trennung der Schule von der Kirche, Kaufbau des gesammten Unterrichts auf der Volksschule, Förderung der Fortbildung und Hochschulen, Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel.
- 2) Verbot der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren, Einschränkung der Arbeitszeit in Fabriken auf 48 Stunden pro Woche für jugendliche Personen bis zum Alter von 17 Jahren, auf 54 Stunden pro Woche für Arbeiterinnen, für Arbeiter Prüfung eines Normalarbeitstages, der für Staats- und Kommunalbedienstete zunächst auf 9 Stunden täglich, im Uebrigen aber nach ortsüblichen Gebräuchen festgesetzt werden soll, unbedingte Wahrung des vollen Koalitionsrechts, sowie dessen Ausdehnung auf Dienstboten und ländliche Arbeiter, Ertheilung der Korporationsrechte an Arbeiterverbände aller Art, Vermehrung der Arbeitsinspektoren, Erweiterung ihrer Befugnisse und Verdringung einer Inspektion über die Arbeitsverhältnisse in den landwirtschaftlichen Betrieben, gründliche Revision der Arbeiterversicherungsgesetze, vornehmlich in der Richtung größerer Sicherung, höherer Mitwirkung und freier Bewegung der Arbeiter, auch Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung, sowie Beschleunigung des Entschädigungsverfahrens.
- 3) Festhalten an dem Prinzip der Gewerkefreiheit, Wegräumung aller die Freiheit des Handwerks einschränkenden, es dem Großbetriebe gegenüber benachteiligenden Zwangsbestimmungen und Zwangsprivilegien aus der Gewerbeordnung, Förderung und Fortbildung des Genossenschaftswesens, namentlich der „Produktiv- und Absatz- der Kredit- und Baugenossenschaften, Beschleunigung der Gefängnisarbeit auf einfache Kassen-Erzeugnisse, welche dem Handwerke keine Konkurrenz machen, Sicherstellung der Forderungen der Bauhandwerker gegenüber den Bauunternehmern, indem letzteren ein Vorkaufsrecht bei Zwangsversteigerungen eingeräumt wird und letztere unter das Handwerksrecht gestellt werden.
- 4) Aufhebung der Arbeitsverträge und Verbot ihrer künftigen Errichtung, Verdringung der Staatsbeamten und Kantonsbeamten, Schaffung militärer wie ziviler Bauernregiment zum Zweck der Erhaltung eines freien Bauernstandes.
- 5) Hebung von Industrie und Handel durch Beförderung des freien Austausch der Güter unter den Nationen, sowie Vereinfachung des Transports von Personen und Gütern auf allen Verkehrswegen.
- 6) Bekämpfung der Mißstände in den Wohnungsverhältnissen.

Die Berliner „Volkzeitung“ bemerkt dazu, daß diese Forderungen ein Mindestmaß dessen darstellen, was nach Ansicht der Kommission in das Programm an sozialpolitischen Forderungen einzuschalten ist. Da wird Herr Eugen Richter freilich wohl anderer Meinung sein. Bezeichnend ist, daß alle auf die Arbeiterverhältnisse bezüglichen Forderungen — natürlich freisinnig verwaschert — dem Programm der Sozialdemokratie entnommen sind, welche seit Jahrzehnten für Arbeiterchutz und Arbeiter-

freiheit thätig kämpft, dafür aber von freisinniger Seite am meisten angefeindet worden ist.

— Auf verhängnisvollen Wegen. Aus Braunschweig wird gemeldet: „Infolge verschiedener Brauereiereschlotts ist auf Anregung des Vereins Braunschweiger Brauereien die Gründung einer Schutzgenossenschaft gegen Bogelst durch den gesammten Norddeutschen Brauereibereich im Gange und bereits dem Abschlusse nahe.“ — Wir brauchen unseren Lesern wohl nicht aus einanderzusetzen, wozu diese „Schutzgenossenschaft“ in Wahrheit dienen soll. Nur der damit! Die Arbeiter werden sich mit ihr abzugeben wissen, und zwar in einer Weise, die den Herren Brauereibesitzern schwere Kopfschmerzen bereiten dürfte.

— Aus Sachsen. Die Militärvereine haben wie bei früheren Wahlen auch bei der Nachwahl in Plauen eine agitatorische Rolle zu Gunsten der Kartellparteien gespielt. Mehrere Blätter sind in der Lage, ein „vertrauliches“ Schreiben veröffentlicht zu können, das von dem Bezirksvorsitzer der Militärvereine im Bundesbezirk Delitzsch ausgegangen ist und folgenden Wortlaut hat:

„Aus heute wieder rufe ich den Kameraden des Bezirks an: Geht der bevorstehenden Wahl zu: An die Gewehre! Ihne jeder Kamerad seine Pflicht! Zeiet einmütig und geschlossen zur Wahlurne und stimmt für Herrn Substitut Wilhelm Uebel — dann kann, dann wird der Sieg der reichs- und vaterlandstreuern Parteien auch diesmal nicht ausbleiben.“

Mit meinen Anknüpfungen vom 25. Oktober v. J. machte ich Ihnen Mitteilung über die aus dem Munde Sr. Majestät unseers allergnädigsten Protektors zu Theil gewordene Anerkennung unserer patriotischen Thätigkeit. Am nächsten Wochentag — am Wahltag — bietet sich Gelegenheit zur Rechtfertigung des in und gegen alle schärfsten Vertrauen — erfüllt deshalb jeder von und seine Pflicht, eingehend des vormals gezeichneten Rahmens, eingehend unseers Befehls: „Mit Gott für König und Vaterland!“

Ich begrüße Sie kameradschaftlich.

„Kanonik, Bezirksvorsitzer.“ Eine derartige Einmischung in politische Wahlangelegenheiten geschieht, obwohl den Militärvereinen statutengemäß verboten ist, Politik zu treiben, und eine behördliche Maßregelung erfolgt nicht. Dagegen werden, wie dies neulich in Glauchau geschehen, Gesangsvereine, die einmal bei einem politischen Feste mitgewirkt oder ein politisches Lied gesungen haben, sofort dem Vereinsgesetz unterstellt. Angehts solcher Zustände gibt es immer noch Leute, die sich wundern, daß die Anhängerzahl der Sozialdemokratie gerade in Sachsen andauernd wächst.

— Sächsisches. Die Ausweisungen ausländischer Arbeiter Sachsen stehen in schöner Blüthe. Die ordnungsfremden Blätter sind da schnell bei der Hand mit der Erklärung, daß diese Ausweisungen „sich auf politischem Gebiete löst“. gemacht hätten. Was die kapitalistischen Organe unter „politisch löst maden“ verstehen, geht daraus hervor, daß jüngst aus Dresden ein Hutarbeiter, ein österreichischer Staatsangehöriger, ausgewiesen wurde, weil er in einer Versammlung der freireisenden Hutarbeiter eine ganz harmlose, rein geschäftliche Bemerkung gemacht hat. Er hat sich nie an politischer Agitation betheiligt und sich überhaupt gänzlich im Hintergrunde gehalten, schon weil er nicht einmal oberflächlich deutsch sprechen kann (er ist Ungar). Binnen drei Tagen hatte er Sachsen zu verlassen. — Erst vor circa acht Tagen wurde ein Oesterreicher aus dem Lande gejagt, weil er ebenfalls in einer gewerkschaftlichen Versammlung ein paar Worte gesprochen hatte. Der besondere Ruf Sachsen wird auf diese Weise allerdings ein solch begründet.

Österreich-Ungarn.

Wien, 11. Juni. Die Ministerkrisis ist beendet und hat Dr. Welleke das Ministerium nun wieder vollständig zusammen. Dasselbe ist folgendermaßen zusammengesetzt: Dr. Welleke, Präsidium und Finanzen; Sillay, Justiz; Hieronymi, Inneres; Lufaca, Handel; Coetvoos, Kultus und Unterricht; Fejervary, Landesverteidigung und provisorisch Ackerbau; Julius Andrássy, Jospovich, kroatischer Minister. Das Kabinet stellt sich morgen beiden Häusern vor.

Belgien.

Brüssel, 10. Juni. Die Auffstellung der Wahllisten nach den neuen Verfassungsbestimmungen ist nunmehr beendet. Der der Verfassungsgesellschaft, nach dem Censusystem gab es in Belgien nur 135236 Wähler (nach der Auffstellung von 1892); nach dem neuen Wahlsystem ist die Zahl verzehnfacht. Die Gesamtzahl der Wähler ist auf 1356629 für das Abgeordnetenhaus, und auf 1149732 für den Senat gezogen. Durch das Pluralvotum haben dieselben für das Abgeordnetenhaus 2067665, für den Senat 1842344 Stimmen abgegeben. Eine bedeutende Erweiterung des Wahlrechtes ist somit jedenfalls erreicht worden.

Brüssel, 12. Juni. In der belgischen Kammer ist ein stater Streit der Linken gegen die Regierung ausgebrochen, welche entgegen allem Vernehmen und der Verfassung, die Kammer tagen lassen will, um die Schutzvorlage durchzuführen. In der gestrigen Sitzung verlas Saissetbette namens der Linken die Erklärung, daß die Linke beschloß, sie könnte nach dem 17. Juni nicht tagen, außer für die Beratung des Wahlgesetzes. Die Constitution verbietet eine Tagung nach dem 12. Juni. Jerson namens der äußersten Linken schloß sich dieser Erklärung an. Woeste (Rechte) bestrafte die Erklärung, die er für einen schweren Fehler erklärte. Der Minister des Inneren erklärte, die Kammer würde ungeachtet des Beschlusses der Linken fortfahren zu tagen. Janson verlangt die Regierung über die Congoangelegenheit zu interpellieren, die Rechte rufen: Nach dem Budget! Janson befehlt auf seinem Verlangen und erklärt, die Linke werde sich nach der Sitzung morgen zurückziehen. Die äußerste Linke ruft: So ist es! Die Kammer beschließt mit 67 gegen 51 Stimmen, sofort in die Beratung der Congoangelegenheit einzutreten. Nach diesem Beschluß wird sich die Linke voraussichtlich morgen zurückziehen.

Merika.

Washington, 10. Juni. Obgleich der Corey-Jug nach der Bundeshauptstadt so häufig gedenkt, sind nach mehrere solcher Züge Arbeitsloher unterwegs nach Washington, um den Kongreß zu zwingen, gesetzliche Maßnahmen zur Beseitigung der Roth und der Arbeitslosigkeit zu beschließen und zur Ausführung zu bringen. Die mehr Aufmerksamkeit zieht augenblicklich die aus 1200 Mann bestehende „Armee“ des „General“ Kelly auf sich. Diese hatten wochenlang hier ein Lager inne und hielten es durchsetzen zu können, daß ihnen die Eisenbahnen freie Fahrt nach Washington oder wenigstens nach Chicago gewährt würden. Allein die Hoffnungen erwiesen sich als trügerische, die Eisenbahngesellschaften, die aus von der Bürgerchaft mit Petitionen befüllt wurden, blieben unerbittlich. Da verließ endlich Kelly, der seine Leute von Ausschreitungen zurückhalten verstand, auf den Gedanken, sein Heer zu Wasser zu befördern. Die Armee fing an, Flüße zu bauen, um den Des Moines Fluß hinab in den Mississippi, auf diesem nach Raizo und von da an auf dem Ohio bis nach Pennsylvania zu gelangen. Der Baum ging schnell von Statten und bald segelte die „Armee“, woran ein „Professor“ auf einem Wasserlostoppe, von Des Moines ab, zur großen Freude der Bewohner der Staatshauptstadt, welche von einer drückenden Hitze befreit wurden. Kelly ist glänzlich im Mississippi angelangt und es hat seinen Leuten, Dank der Gütmüthigkeit der Bevölkerung von Iowa, bisher an nichts gefehlt. Ist er erst am Ziel angelangt, dann wird wohl auch sein Unternehmen endigen, wie das seines Vorläufers Corey.

Marokko.

Tanger, 11. Juni. Der Sultan von Marokko ist tobt. Ob er eines natürlichen Todes gestorben oder ermorde worden, steht noch nicht fest. Ein Telegramm des Reuters-Büreau meldet: Der Sultan von Marokko starb am 7. Juni, nachdem er vier Tage an einem Fieberanfall gelitten hatte, in Tadmä zwischen Marokko und Casablanca plötzlich in dem Augenblicke, wo er gerade Befehle erteilte. Von mehreren Seiten wird behauptet, daß er einer Vergiftung zum Opfer gefallen wäre. Der Dampfer „Jus“ ist aus Casablanca hier eingetroffen und überbrachte mit der Befestigung der Nachricht vom Tode des Sultans die Bitte an das diplomatische Corps, Kriegsschiffe zu entsenden, da in Casablanca lebhaftest Besorgnisse wegen der Minister Abd el Aziz, den Sohn des Sultans, zum Kaiser. Am kaiserlichen Lager herrsche Ruhe. — Vomonten Bankfirmen wird aus Tanger ebenfalls gemeldet, der Tod des Sultans von Marokko sei auf einen Woch zurückzuführen. In Taz befürchtet man Unruhen; die Behörden in Tanger tragen Vorsichtsmaßregeln, um die Ruhe dieser Stadt anrecht zu erhalten.

Gewerkschaftliches.

— Der Streik der Schmiebe in Bremen ist zu dem Unglücken erledigt. Leider haben es die Arbeitgeber verstanden, vom Nachen Lande über Bewegung fernstehende Kräfte heranzuziehen, und so ist es möglich gewesen, unseren so berechtigten Streik illusorisch zu machen. D. Wischmann, Bremen, Preisstr. 48.

Aus Stadt und Land.

Bant, 12. Juni. Am nächsten Donnerstag den 14. Juni findet in Brunnens Wirtschaftshaus eine Gemeinderathssitzung statt, in welcher über folgende Gegenstände verhandelt werden soll: 1. Rathshausbau betreffend, 2. Zweite Lesung des Beschlusses betrefis Erwerbung eines Platzes zum Bau einer Leichenhalle, 3. Zweite Lesung des Beschlusses betreffend Einverständniserklärung zur Feststellung des Planes zum Ausbau der Mittel- und Peterstraße zu Neubreinen.

Bant, 12. Juni. In der hiesigen Gemeinde beginnt in den nächsten Tagen die Einschlagungskommission ihre Thätigkeit. In unserer Nachbargemeinde Deppen hat die Einschlagung bereits begonnen.

Bant, 12. Juni. Recht interessante Versuche hat jetzt über die Abnutzung der Eisenbahnschienen angestellt worden. Es hat sich ergeben, daß jede geographische Meile (7,5 Kilometer) Schienenwegs durch jeden darüber rollenden Eisenbahnzug unter normalen Betriebsverhältnissen im Durchschnitt etwa 1,0 Kilogramm an Gewicht verliert. Die Gesamtlänge der oldenburgischen Bahnstrecken incl. Oldenburg-Wilhelmshaven und Barter Nebenbahnen beträgt rund 445 Kilometer oder rund 60 geographische Meilen. Nehmen wir mithin auf sämtlichen Strecken eine Durchschnittsfrequenz von 15 Zügen an, so würde die tägliche Abnutzung des Eisenbahnschienenmaterials der oldenburgischen Bahnen ca. 900 Kilogramm betragen. Die Länge der Schienen gleite auf der ganzen Erde beträgt rund 60000 geographische Meilen. Bei einer täglichen Durchschnittsfrequenz von zehn Zügen würde also hier die Abnutzung täglich etwa 600000 Kilogramm betragen. Diese Eisenmenge verliert sich in Form eines feinen Staubes im Bahnschlupf und wird in Form eisiger Eisenfäse dem Boden zugesäht.

Bant, 12. Juni. Wie wir erfahren, wurde im Auftrage des Großherzoglichen Staatsministeriums in der letzten Woche eine kleine Schrift von Otto Grünhaldt „Die wirtschaftliche Gefährdung als landwirtschaftliches Nebengewerbe wie als selbständiger Erwerbzweig“ (Verlag von G. Schönfeld in Dresden) durch die Kempter an diese Hauptlehrer vertheilt. Wir machen unsere Leser, soweit sie sich für die Gefährdung interessieren, auf diese Schrift aufmerksam.

Wilhelmshaven, 12. Juni. Sämtliche Mitglieder und Hausbesitzer von Elsh, Lotbringen und Neubreinen sind zu einer öffentlichen Versammlung auf Donnerstag

den 14. Juni nach „Burg Hohenzollern“ eingeladen, um über die Errichtung eines Wochenmarktes im Stadtheil Elßaß zu beraten.

Wilhelmshaven, 12. Juni. In der gestern Abend im großen Rathhause abgehaltene Sitzung des Bürgervereins verlas H. V. Busch zunächst den Bericht über die vorläufigen Revisionen der Räumerei- und Sparkasse für den Monat Mai. Gegen die Richtigkeit wurden wesentliche Erinnerungen nicht gemacht. Da das Kollegium in einer früheren Sitzung beschlossen, daß an diesen Revisionen auch aus der Mitte der Bürgervereins eine Vertretung teilnehmen solle und von den dazu gewählten Bürgervereinsmitgliedern bei der letzten Revision kein Bürgervereinsmitglied anwesend gewesen sei, so sprach das Kollegium darüber seine Billigung aus. H. V. Dräger wies einen ihm diesbezüglich gemachten Vorwurf damit zurück, daß er an dem Tage nicht hat können; er sei damals Erledigung einer anderen wichtigen Angelegenheit verweilt gewesen. Entschuldigt habe er sich früh genug und bedauerte Herr Dräger, daß Herr H. V. Schröder, den er zu seiner Vertretung gebeten, dieser Bitte nicht entsprochen habe. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung nahm das Kollegium Kenntnis von einem Schreiben des Clementinenhauses zu Hannover, sowie von dem Vertrage über Anstellung einer Gemeindefürsorge vom 1. November d. J. ab und genehmigte diese Anstellung. Beim dritten Punkt nahm das Kollegium Kenntnis vom Kaufkontrakt über das Grundstück zum Neubau einer höheren Mädchenschule, insbesondere von der dem Vertrage beigefügten Bedingung, wonach das Grundstück nur zu dem genannten Zwecke verwandt werden darf, widrigenfalls die Regierung das Recht haben soll, dasselbe ohne Weiteres wieder in Besitz zu nehmen. Beim vierten Punkt genehmigte das Kollegium die Aufstellung von elf Gaslaternen in der Markt-, Krieler- und Vorstenstraße nach dem von dem Besitzer der Gasanstalt gemachten Vorschlage. Der fünfte Punkt der Tagesordnung: Antrag des Vereins für Geselligkeit und Vorgeselligkeit um Bewilligung eines Beitrages zu der am 1., 2. und 3. Juli d. J. hier stattfindenden Geselligkeitsausstellung, fand damit seine Erledigung, daß zu diesem Zwecke die Summe von 200 Mk. bewilligt wurde. H. V. Dräger regte bei dieser Angelegenheit an, ob genannter Verein von Seiten des Kollegiums nicht einige Beiträge gegeben werden könnten, mehr Gewicht auf recht deutliche Forderung zu legen, als wie dies bisher geschehen sei. H. V. Thaden tabelte, daß mit solchen Ausstellungen immer die sogenannten großen Volksfeste verbunden seien, dadurch gehe der eigentliche Zweck der Ausstellungen verloren. Beim sechsten Punkt der Tagesordnung: Bürgerrechtsertheilung, wies dem Apostel H. Doppelmann das Bürgerrecht ertheilt. Der siebte Punkt der Tagesordnung: Kündigung des städtischen Vollziehungsbeamten Köpfer, rief eine sehr lebhafteste Debatte hervor. Das schon oft vom Kollegium bewunderte rührende Vorgehen des Magistrats hat durch obige Handlung wieder eine Illustration herrlicher Art erhalten. Man bedauerte: Ein Beamter, der bisher zu Aller Zufriedenheit seines Amtes gewaltet, wird entlassen bezw. gekündigt, weil er sich unterfangen hatte, dem hochwohlwollen Magistrat — um mit Herrn Dräger zu reden — Vergerniß zu bereiten. Dieses Vergerniß soll darin bestehen, wie wir gestern mit Anstand vernahmen, daß Herr D. vor einiger Zeit den Magistrat um eine kleine Gehaltserhöhung angegangen, was jedoch abschlägig beschieden worden ist. Mit diesem Bescheid hatte sich D. jedoch nicht zufrieden gegeben, sondern dagegen beim Landrath Beschwerde eingelegt, welche ihm allerdings auch nicht die gewünschte Zulage gebracht hat, wohl aber, wie Figur zeigt, die Ungnade des Magistrats. In dem Kündigungs-schreiben wurde zwar als Grund angegeben, daß D. alt und schwach sei und infolgedessen seines Amtes nicht mehr voll und ganz walten könne. Diese Anschauung wurde vom Kollegium nicht getheilt, sondern die Herren Draeger und Busch unternahmen es, in längerer Ausführungen das Vorgehen des Magistrats einer scharfen Kritik zu unterziehen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, mit dem Magistrat Rücksprache zu nehmen, damit dieser zunächst die Kündigung wieder zurückziehe. (Wir werden auf diese Angelegenheit noch wieder zurückkommen. D. Red.) Zu Punkt 8, Jubiläumseier betr., wurde zur Kostenbedeckung die Summe von 1000 Mk. bewilligt. H. V. Garlich wendet sich gegen die Bewilligung derartiger Gelder. Zu anderen und besseren Zwecken sei oftmals kein Geld vorhanden. Punkt 9, „Arztfrage“ (städtisches Krankenhaus) betr., wird von der Tagesordnung abgesetzt. Im Verchiedenen bringt H. V. Draeger zur Sprache, wie der Magistrat der Stadt Sparbau beim Kaiser und dem Reichsanwalt vorstellig geworden sei bezw. Heranziehung der dafelbst belegenden königl. Fabriken etc. zu den Kommunal-lafien. Diesem Vorgehen solle man in Wilhelmshaven sich anschließen, damit das Privilegium der Steuerfreiheit des Marinehafens endlich einmal aufhöre. Ein diesbezüglich von ihm gestellter Antrag wird angenommen. Im Weiteren wird von H. V. Garlich die Pflasterung des nördlichen Banketts der Kanterstraße, sowie des Banketts der Ostrikenstraße beim Park zur Sprache gebracht. Die Angelegenheit wird der Begehrkommission überwiesen. Betreffend Pflasterung des westlichen Banketts der Ostrikenstraße zwischen Viktoria- und Ostrikenstraße beschließt das Kollegium, den Magistrat zu ersuchen, einen diesbezüglichen Antrag in der Sitzung vom 8. Januar d. J. gefaßten Beschluß in Ausführung zu bringen. H. V. Draeger führt hierzu noch aus, daß es beim Magistrat System zu sein scheint, die vom Kollegium gefaßten Beschlüsse vollständig zu ignorieren. Da die Tagesordnung erschöpft, erfolgte Schluß der Sitzung.

Wilhelmshaven, 12. Juni. Ueber die Beerdigung von Marineangehörigen im Auslande hat der Staatssekretär des Reichs-Marineamtes folgendes verfügt: Bei der Beerdigung von Marineangehörigen im Auslande ist in Zukunft

für eine Kennzeichnung der Grabstelle durch ein einfaches Holzkreuz oder eine einfache Tafel mit Inschrift Sorge zu tragen. Die Grabstelle ist abdaun der Obhut des Konsuls oder eines sonstigen Vertreters des Deutschen Reichs anzuvertrauen, welcher für eine einfache Inschriftenhaltung des Grabes und des Kreuzes bezw. der Tafel, einschließlich der Inschrift, Sorge zu tragen wird. Die Dauer der Inschriftenhaltung soll sich nach den örtlichen Gebräuchen und Verhältnissen richten, jedoch keinesfalls länger als 10 Jahre währen. Diese Bestimmungen beziehen sich auch auf diejenigen Einzelgräber, welche bereits im Auslande vorhanden sind. Nicht unbegriffen ist hierin die Inschriftenhaltung der Denkmäler, welche zum Gedächtniß an hervorragende Ereignisse errichtet worden sind, sowie der Grabdenkmäler monumentalen Charakters, hinsichtlich welcher im Einzelfalle besondere Entscheidung getroffen werden wird.

Storortens, 11. Juni. Bei dem Brande der Singelischen Gastwirtschaft wurde gleich Brandstiftung vermutet. Recht ist der Zubader der Wittigshaus August Singel wegen Veracht der Brandstiftung gefänglich eingewogen worden.

Varel, 12. Juni. Der Amtshauptmann Karl v. Buschmann ist im Alter von 63 Jahren gestern gestorben. Er war besonders wegen seiner Verdienste für Erweiterung des Verkehrs im Amtsvorstand durch Chausseebau und auch durch die Ribensarbeiten sehr geschätzt.

Jeder, 12. Juni. Der gestrigen Sitzung des Rathes lag die Erledigung einer reichlich bemessenen Tagesordnung, die wir längst ja mitgetheilt haben, ob. Der erste Punkt: Verpflichtung der neu gewählten Mitglieder und Ortsvorsteher war schnell erledigt. Desgleichen der zweite Punkt: Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Es wurde der Vorsitzende gemacht, die Ortsvorsteher, die dieses Amt inne hatten, die Herren Plagge-Bartel und Jürgens-Hohenstrich, wieder zu wählen. Der dritte Punkt: Die Annahme des Amtes von der Bedingung abhängig, daß der Vorsitzende des Amtsvorstandes jebe-mal in der Sitzung, entsprechend der Bestimmung des Artikel 86 § 3 Abs. 2 der resp. Gemeindeordnung, anwesend sein solle, um die erforderlichen Aufschlüsse zu geben und die Verhandlungen zu leiten. Der Rath, der bisher immer die Anwendung dieser Bestimmung abgelehnt hat, gab der Bedingung resp. dem Antrag des Herrn Plagge statt und wurden darauf einstimmig die Herren Plagge und Jürgens zu Vorsitzenden gewählt. Beim dritten Punkt: Wahl von 7 Vertrauensmännern zum Ausschuss für Bildung der Schöffen- und Geschworenenliste für das Jahr 1895 wurde die von den Wähler und Hesperer Amtrathen vorgeschlagene Liste per Akklamation angenommen. Auf dieser Liste stehen für Wähler der Landmann Rüdiger Renker, Kanterbeich, und für Hesperer der Gemeindevorsteher Alben. Dann wurde dem Antrag des Centralvorstandes der Oldenburgischen Landwirtschaftsgesellschaft, zu der Berliner Ausstellung einen Zuschuß von 1000 Mk. zu gewähren, entsprochen. Im Weiteren wurde dem Landmann Liden zu Abgabe, der beim Bau einer Chaussee als Annehmer des Sandfahrens, jedoch nicht durch seine Schuld, sondern durch die Verzögerung der Sandlieferung seitens der Eisenbahn, bedeutenden Schaden erlitten, eine Entschädigung von 620 Mk. aus Billigkeitsrücksichten gewährt. Dem Antrag der landwirtschaftlichen Vereine des Jevelandes, die Summe von 700 Mark zu Angelbapremien für junge Stiere zu gewähren, wird gleichfalls entsprochen. Ein Antrag der Verwaltungskommission des Sophienstiftes auf Gewährung einer jährlichen Beihilfe zur Verzinsung und Amortisation einer Anleihe, die zu baulichen Aenderungen des Sophienstiftes und der Beschaffung geeigneter Holzräume ausgenommen werden soll, rief eine lebhafteste Debatte hervor und auch vielfache Verwunderung deshalb, weil, wie das Gutachten des dirigirenden Arztes Dr. Winsen behauptete, das Sophienstift so gar unzulänglich, ja geradezu gesundheitsgefährlich sein sollte. Die vom Amtrathe verlangte Beihilfe soll nach dem Antrag des Amtrathes bestehen entweder in einer jährlichen Zinsgarantie in Höhe von 1000 Mk. oder in der Zustimmung zur Verpfändung des Sophienstiftes in der III. Klasse von 75 Pfg. auf 1 Mk. erhöhen zu dürfen. Die Verwaltung der Fonds und milden Stiftungen, die auch in dieser Sache mitzusprechen hat, verlangte aber vom Amtrath die Garantie zur eventuellen Zahlung von 1800 Mk. für Zinsen und Amortisationsquote, sowie die Zustimmung zur angeführten Erhöhung des Pfandgeldes. Der Amtrath beschloß, diesen Punkt der Tagesordnung an den Amtrathvorstand zurückzuverweisen mit dem Eruchen, innerhalb 4 Wochen wieder eine Amtrathssitzung einzuberufen und dort nähere Mittheilung über das ev. Ergebnis der Erhöhung des Pfandgeldes sowie über die finanziellen Verhältnisse des Sophienstiftes überhaupt zu machen. Der Antrag der Gemeinde Tettens, auf Uebernahme der Gemeinde Chaussee Tettens Uffenhausen auf den Amtrathvorstand wurde in zweiter Lesung abgelehnt. Darauf wurde der Voranschlag der Amtrathverbandskasse für das Rechnungsjahr 1894/95 festgestellt. Nach Kenntnisaufnahme zweier Schreiben des Amtrathes über die Aufnahme von Diphtheriekranken in die Jerscher Cholerabarade und über die Mäusevergiftung wurde die Wahl von 4 Mitgliedern zum Amtrathvorstande vollzogen. Als Kandidaten waren folgende Amtrathräthe aufgestellt: Plagge, Jürgens, Unnen, Wlen, D. Janßen-Kuende und Hug-Bant. Gemählt wurden im ersten Wahlgange die vier Erstgenannten. Da aber Herr Jürgens eine Wiederwahl entschieden ablehnte, kam es zu einer Stichwahl zwischen Janßen und Hug, von denen letzter die absolute Majorität, die 29 Stimmen betrug, erhalten hatte. Der erste hatte 27 und der letztere 22 von 57 Stimmen erhalten. Im zweiten Wahlgange sagte Herr Janßen, der Staat war wieder einmal gerettet, aber auf wie lange? Die Berathung eines Schreibens des Amtrathvorstandes, betreffend Vorschläge zur Ernennung eines Obmanns der

Stierfruchtungskommission, wurde vertagt, dagegen die Wahl von 3 Wahlmännern zur Ernennung eines Mitgliedes der Preisermittlungskommission für Naturalien und Dienste, sowie die Wahl zweier Monenten für die Rechnung der Amtrathverbandskasse erledigt. Damit war Schluß der Sitzung. Oldenburg, 12. Juni. Mit dem Bau der Bahn Oldenburg-Brake ist bereits begonnen worden und wird zur Zeit das dazu notwendige Material nach Eghorn, von wo aus begonnen wird, geschafft.

Oldenburg, 12. Juni. Die Arbeiter der Oldenburgischen Glasbläse haben dem Artikel der Direction der Hütte, der in den „Nachrichten für Stadt und Land“ und im „Gemeinnützigen“ veröffentlicht wurde und die Lohnreduktion rechtfertigen sollte, nun in einem längeren Artikel beantwortet und zwar in den „Nachr. f. St. u. L.“ Es ist diese Antwort eine eingehende und gründliche Widerlegung der Behauptungen der Direction und man kann gespannt sein, was dieselbe nun sagen wird. Die Lohnbewegung selbst ist in kein neues Stadium getreten.

Vermischtes.

— Ein Bild des Sammers. Berliner Blätter berichten: Wegen Nordes verhält sich die unerschöpfliche S. Am 2. d. M. wurde nahe der Badeanstalt bei Treppe die Leiche eines etwa 15jährigen Knaben aus der Spree gezogen. Ein Herr, der eine Zeitungsnote darüber gelesen hatte, schöpfte Verdacht, daß es sich um das Kind einer seiner früheren Arbeiterinnen handeln könne, weil das Mädchen über den Verbleib unrichtige Angaben gemacht hatte und stets verlegen wurde, wenn die Rede auf das Kind kam. Der Verdacht hat sich bestätigt. Die S. räumt ein, etwa vor acht Tagen, nachdem sie sich vergeblich bemüht hatte, ihren im August v. J. geborenen Knaben Karl im Waisenhaus unterzubringen, ihn in das Wasser gemorfen zu haben, da sie stellenlos war und kein Pflegegeld zahlen konnte. Es handelt sich in diesem Falle nicht um einen sogenannten Kindesmord, sondern um einen vor-sätzlichen Mord, der mit Ueberlegung ausgeführt worden ist. — Welche Seelerqualen mag die arme Mutter durchgemacht haben, bevor sie in der Verzweiflung zu der grauen-vollen That schritt. Die satte Moral hat an diesem Bild wieder einmal reichlich Gelegenheit, über die Verdorbenheit der „unteren Volksschichten“ zu ytern.

— Fritz Reuters Wittwe ist am Sonnabend in Eisenach nach langem Leiden gestorben. Ihre Willsamnt Inhalt vermachte die Verstorbenen der Schillerstiftung.

— Risiko der Arbeit. Aus Eisen an der Ruhr wird telegraphirt: Das Grubenunglück auf Schacht 2 der Zeche „Dannenbaum“ ist, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ nunmehr bestätigend mittheilt, durch Entgleisung des Förderkorbes während der Seilfahrt geschehen. Drei Bergleute wurden getödtet, einer schwer und vier leichter verletzt.

— Von der Cholera. Nach dem amtlichen Bericht erkrankten bezw. starben in Rußland an der Cholera: Vom 20. Mai bis 2. Juni in Warschau 19 bezw. 13 Personen, im Gouvernement Lita 5 bezw. 1; vom 27. Mai bis 2. Juni in den Gouvernements Warschau 58 bezw. 27, Petrikau 1 bezw. 1, Radom 3 bezw. 1. In Romno erkrankte 1 Person; vom 20. bis 26. Mai in Plogk 56 bezw. 33; vom 24. bis 30. Mai kam in Podelien kein Cholerafall vor.

— Wann ist eine Zeitung druckfertig? Ueber diese Frage giebt der „F. Korr.“ folgende treffende Auskunft: „1) Wenn der Verleger oder Einleger das Richtige geschrieben, 2) das Richtige auch deutlich geschrieben hat, 3) der Setzer in alle Fäden der Setzartens lauter richtige Buchstaben gemorfen hat, 4) die richtigen Buchstaben greift, 5) sie richtig einsetzt, 6) der Corrector die Correctur richtig liest, 7) der Setzer die erste Correctur richtig verbessert, 8) der Corrector die zweite Correctur richtig liest, 9) der Setzer die zweite Correctur richtig verbessert, 10) die Revision richtig gelesen wird, 11) wenn dem Betreffenden die nöthige Zeit hierzu gelassen wird, 12) wenn noch ein Duzend andere Umstände sich ebenso glücklich abmachen. Und da nun s. B. ein großer Octavo-folien fünfzigtausend bis hunderttausend Buchstaben zählt, so müssen jene günstigen Umstände sich bei der Größe der Zeitung fünfzigtausend bis hunderttausend Mal wiederholen, wenn das Publikum einen fehlerfreien Bogen in die Hände bekommen soll. Man wird zugeben, daß dies nicht ganz leicht ist.“ Es würde geniß weniger freitritt und getadelt werden, wenn alle Zeitungsleser einen Begriff von der Arbeit hätten, die zur Fertigmachung eines Blattes erforderlich ist!

Literarisches.

— „Richtstrahlen“, Blätter für volkverständliche Wissenschaft und allseitige Weltanschauung. Jüngster Unterhaltungsblatt und literarischer Wegweiser für das Volk. Erscheint 14täglich in Heften (48 Seiten größtes Octav) zum Preise von 25 Pf. — 15 Kr. — 35 Cts. (Verlag: Neogyn für Volksliteratur, H. Darnitz u. Co., Berlin W. 80.) Eoeben erschien das 17. Heft des 4. Jahrganges. — Inhalt: Die Wahrheit und der Eid — Die Wohnung. Aus dem Französischen übersezt von Bernhard Kampffmeyer. Von Peter Knappstein. — Beiträge zur Geschichte und Erklärung des neuen Testaments. Von Heinrich Zarnenberger. (Fortsetzung.) — Zwei Schenke. Von Georg King. — Die neue Richtung. Von E. Rebe. — Aus der Zeit: Verste und Polizei vor Gericht. — Soziale Gegenstände während der diesjährigen Wittigshausstiftung in Nordamerika. — Der Edelpastor Schell. — Literarisches. — Kleine Mittheilungen: Die Zahl der ausgegebenen Briefe und Postkarten sowie Telegramme. — Ueber den Küstertit der Landesfürsten. — Das Heulieden enthält: Ein Traum nur wahr. Von Otto Ohl. — Die Edel. Neulichtiger Roman von Tony Allen. (Fortsetzung.) — Das altägyptische Gasthaus. Von Ernst Kitzsch. — Ein Gaunerstück. Von Ernst Reugebauer. — Beilage: Ulfenau Draufman.

Quodvater.

Mittwoch den 13. Juni . . . Verm. 9,8 Nachm. 9,31

**Tüchtige
Rock-, Hosen- und Westen-
Schneider**

für Civil- und Uniform-
Sachen

zu höchstem Lohnstarif
bei dauernder Beschäftigung
per sofort gesucht.

Auch Schneider außer
dem Hause finden dauernd
Arbeit.

Waaren-Haus
B. H. Bührmann.

Zur gefl. Beachtung!

Meiner werthen Kundschaft gebe ich hier-
mit kund, daß ich seit Ende April

nicht mehr Lieferant

des **Banter Konsum-Vereins** bin.

Meine vorzüglichsten Biere, besonders meinen

Flaschenbier-Handel

halte nach wie vor auf das Beste empfohlen
und bitte ich ein geehrtes Publikum von
Bant, Wilhelmshaven und Umgegend, das
mir bisher bewiesene Wohlwollen auch ferner
bewahren zu wollen.

Rudolf Herbers, Bierverlag,

Bant, Werftstraße 10.

Waaren-Haus
B. H. Bührmann.

Reste-Tag!

Alle angesammelten Reste in
Kleiderstoffen,

Budskins, Gardinen,
Bettzeugen, Schürzen-
zeugen und Cattunen
werden

Mittwoch

Vormittags von 7 Uhr an
billig verkauft.

Margarine

— Marke Krone —
à Pfund 50 Pfg.

D. S. Jürgens,
Heppens.

Geschäfts-Gröfning.

Einem geehrten Publikum von Wilhelmshaven, Bant und Umgegend die ergebene
Mittheilung, daß ich in **Bant, Werftstraße 13,** eine

Papier-, Galanterie- u. Cigarren-Handlung

eröffne. Der damit verbundene **10- und 20 Pfennig Bazar** listet die beste
Gelegenheit zum billigen Einkauf vieler schöner Artikel.

Sämmtliche in den **Banter und Neuender Schulen** gebräuchlichen
Schulbücher und Hefte halte ich stets vorräthig. — **Buchbinderarbeiten**
sowie **Drucksachen aller Art**, als: Visiten- und Verlobungskarten, Rechnungs-
formulare und Couverts mit Firma liefern in sauberer Ausführung zu billigen Preisen.

Indem ich das geehrte Publikum bitte, mein Unternehmen kräftigst zu unterstützen,
zeichne hochachtungsvoll

Gerh. Bonenkamp.

Höchste Auszeichnung!

Auf der Fach-Ausstellung des Rheinisch-
Westfälischen Wirth-Verbandes in Münster
(Westfalen) wurde das von dem Unter-
zeichneten verlegte Bier der Burgstein-
furter Brauerei von **A. Rolinek**
mit der höchsten Auszeichnung,

dem **Ehrenpreis,**
goldene Medaille und Diplom
bedacht.

H. Lückener, Bant,
Niederlage der Biere aus der
Burgsteinfurter Brauerei v. A. Rolinek.

Gastwirthschaft zum „Bremer Schlüssel“.

Meinen werthen Freunden und Gönnern halte mein schönes,
neu eingerichtes

Club-Zimmer

zur gefälligen Benutzung bestens empfohlen. Speziell für Vereins-
und sonstige Versammlungen, sowie für Hochzeiten zc. ist dasselbe sehr
günstig gelegen. — Für gute Speisen und Getränke wird bei reeller
Bedienung stets Sorge getragen.

Carl Sapke, Neubremen.

Zu vermietthen

zum 1. Juli eine **Oberwohnung**. R. 6th
preis: 135 Mk. Gustav Junge,
Bant, Werftstraße 21.

Gutes Logis

Neue Wilhelmshavenerstr. 22, 1 Tr.

Zu vermietthen

zum 1. August eine schöne dreiräumige
Oberwohnung mit Zubehör für 120 Mark
an ruhige Bewohner. Grenzstraße 23.

Als Waschfrau

und zu allen häuslichen Arbeiten empfiehlt
sich Frau **Stoll**, Einigungstr. 19.

Für Münzsammler!

Eine Anzahl seltener Münzen, als:
Siegesthaler, Krönungsthaler, Oldenburger
Thaler, Aweimarktlüde und Fünfmartklüde
mit dem Bildniß Kaiser Friedrichs u. s. w.
preiswerth zu verkaufen.

Nichtvorhandene Münzen werden in kürzester
Zeit beschafft. Marktstraße 31, part.

Zur Beachtung!

Die Vorstände der gewerkschaftlichen
Arbeitervereinigungen, der Kravten- und
Eierbefassen, sowie der Unterstützungs-
vereine als auch der Bürgervereine werden
ersucht, für das nächste Halbjahr den
Versammlungs- und Hebungskalender ein-
zuweisen, soweit dies nicht schon durch
Ausgabe eines Jahreskalenders geschehen
ist. Die Daten, auf welchen die Ver-
sammlungen, Hebungen der Beiträge u. s. w.
fallen, müssen jedoch für die genannte
Zeit genau angegeben werden.

Die Redaktion.

Sanderneufeld.

Die bisher von Ihnen benutzte

Wohnung

in Brahm's Hause hierl., an der Haupt-
Chaussee, in der Nähe des Bahnhofes Sande,
nebst Gartenland, ist mit Antritt auf 1. Aug.
oder 1. Novbr. 1894 zu **vermietthen**.
Die Gartenfrucht kann mit übertragen werden.
Kliebhaber wollen sich gefl. gegen den
20. Juni d. J. an mich wenden.
Sander-Altenhof. J. H. Gadeken.

Der Unterzeichnete sucht zum 1. August
d. J. eine

Wohnung von 5 bis 6 Räumen.

Bant, den 11. Juni 1894.

C. Hünecke, Lehrer.

Gutes Logis

Grenzstraße 29, oben.

Gesucht

Malergehilfen auf sofort.

W. Caspers, Friederikenstr. 5.

Hodjverraths-Prozess

Heft 20 Pfg.

empfehl **C. Buddenberg.**

Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin S W., Deutschstraße 2

Kommunismus und Kapitalismus.

Der Kommunismus
und die ökonomische Entwicklung
von Paul Lafargue.
Preis 2 Pfennige. Porto 3 Pfennige.
Lafargue legt in der Broschüre dar, wie die
ökonomische Entwicklung von Tag zu Tag mehr
die Ueberfülltheit und Schädlichkeit des Privat-
besitzes an den Arbeitsmitteln vor Augen führt
und nicht bloß die Ineffizienz, sondern gerade
die Nothwendigkeit des Kollektivbesitzes beweis-

Die Polizei und die Arbeitslosen.

Stenographischer Bericht über die Gerichtsverhand-
lungen gegen die acht Redakteure v. 8. u. 9. Mai 1894.
Preis 15 Pf. Porto 5 Pf. 48 Seiten gr. 8.
Der „Fall Brauereiwörter“ hat allgemein
Aufsehen erregt und die Kritik der wahren Kritik
herausgefordert, so daß eine stenographische Ber-
echnung dieser Gerichtsverhandlungen wohl an-
gebracht erschien.

Danksgiving.

Für die herrliche Theilnahme bei der
Verdigung unseres guten Vaters und
Schwiegeraters **Adelbert Flehner**,
sowie für die schönen Kranzspenden sagst
wir unseren innigsten Dank.
Heppens, den 12. Juni 1894.

Die Hinterbliebenen.

Wolf & Francksen



Ausstellung fertiger Betten.

**Eiserne
Bettstellen**

mit Eisenboden 6, 8, 10, 13, 50
mit Spiralfeder-Matratze
8,50, 10,50, 13,50, 15,50, 18,00,
22,00.

**Eiserne
Kinder-Bettstellen**

Größe 60/130
Stück 9,50, 11,50, 13,50, 16,00,
22,00.
Größe 70/150 Stück 11,50, 13,50,
15,50, 18,00, 25,00.

Matratzen

find stets
in allen Größen
auf Lager.